

## Ein Plädoyer für die Freiheit

3. Juni 2022

*Von Grégoire Bordier, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken*



**Die Vereinigung Schweizerischer Privatbanken hat kürzlich ihren Jahresbericht veröffentlicht. Zwischen April 2021 und März 2022 war die Freiheit zahlreichen Angriffen ausgesetzt, wie dem Dokument zu entnehmen ist. Diese gelte es, abzuwehren, schreibt Grégoire Bordier in seinem Beitrag für finews.first. Vier Beispiele.**

Im liberalen Ansatz wird Freiheit oft als die Minimierung staatlicher Eingriffe in unser Verhalten definiert. Aus dieser Sicht hat die Corona-Pandemie zu massiven Einschränkungen unserer Freiheit geführt. Abgesehen von einigen Widerstandsnestern hat die Bevölkerung die vom Staat getroffenen Massnahmen im Grossen und Ganzen gut akzeptiert.

Dies zeigte sich, als sie in zwei Abstimmungen im Jahr 2021 das Covid-19-Gesetz mit mehr als 60 Prozent annahm. Die Lage hat sich glücklicherweise wieder normalisiert, aber man sollte sich vor der Tendenz hüten, sich bei der Lösung von Problemen auf den Staat zu verlassen, anstatt die Eigenverantwortung zu fördern.

*«Der Krieg in der Ukraine ist offensichtlich ein massiver Angriff auf die Grundfreiheiten»*

Die aktuelle geopolitische Lage zeigt zudem die Risiken einer Abhängigkeit von anderen Staaten. Das Fehlen einer Einigung mit der EU über bestimmte institutionelle Fragen bedroht unsere Energieversorgung, unsere Attraktivität für Forscher und die Exportfähigkeit unserer Güter und Dienstleistungen, einschliesslich Bankdienstleistungen.

Es müssen Lösungen gefunden werden, ohne die eidgenössischen Wahlen Ende 2023 abzuwarten. Für die in der Vermögensverwaltung tätigen Banken gilt: Wenn sie nicht die Freiheit haben, ihre ausländischen Kunden von der Schweiz aus zu bedienen, werden sie zunehmend in anderen Ländern wachsen müssen.

Der Krieg in der Ukraine ist offensichtlich ein massiver Angriff auf die Grundfreiheiten. Obwohl die Schweiz militärisch neutral ist, konnte sie nicht untätig bleiben und riskieren, von Russland benutzt zu werden, um die Sanktionen der USA und der EU zu umgehen.

*«Die Schweiz ist somit gezwungen, eine zusätzliche Steuer einzuführen»*

Das Einfrieren der Vermögenswerte bestimmter Personen und Organisationen ist eine Massnahme, die seit 2002 bereits gegen rund zwanzig Staaten ergriffen wurde. Neu im Fall von Russland und Weissrussland ist, dass finanzielle Restriktionen für alle Bürger und Einwohner dieser Länder gelten, die nicht auch einen Schweizer oder europäischen Pass oder Wohnsitz haben. Dies wurde von Kunden, die auf anderen Kontinenten leben, nicht übersehen.

Schliesslich greift die OECD im Steuerbereich auch die Freiheit der Staaten an, den Steuersatz für die Gewinne multinationaler Unternehmen festzulegen. Die Schweiz ist gezwungen, eine zusätzliche Steuer einzuführen, muss aber darauf achten, dass diese ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht untergräbt.

*Grégoire Bordier ist Präsident der [Vereinigung Schweizerischer Privatbanken](#) (VSPB, hier finden Sie den [Jahresbericht](#)). Er ist zugleich ein Vertreter der fünften Generation der 1844 gegründeten Genfer Privatbank [Bordier & Cie](#) und dabei einer von insgesamt drei vollumfänglich haftenden Teilhabern. Bevor er 1997 zum familieneigenen Finanzinstitut stiess, arbeitete er als Investmentbanker im Bereich Mergers & Acquisitions (M&A) bei der Credit Suisse First Boston (CSFB) in New York und London. Seine Berufskarriere startete er 1988 an der Wall Street bei Donaldson, Lufkin & Jenrette (DLJ). Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Genf und absolvierte ein MBA an der Amos Tuck School of Business Administration in den USA.*